

Unsere Schüler/innen: Persönlich fördern statt leidvoll sortieren!

Von Ernst Wilhelm

Lernen ist ein wesentliches Bedürfnis des Menschen. Schaut man hinter die Kulissen unserer Schulen, könnte man diese Aussage in Zweifel ziehen. Viele Schüler/innen wehren sich aktiv oder passiv gegen die verordneten Lerninhalte und Auslesemaßnahmen.

Die GEW fordert deshalb seit langem die notwendigen Änderungen im Bildungsbereich. Das bayerische Kultusministerium jedoch unternimmt alles, um die folgenreiche Zerstückelung unserer Bildungslandschaft aufrecht zu erhalten (siehe den teuren Ausbau der Realschulen und Gymnasien oder die Zusammenlegung mehrerer Haupt- zu Mittelschulen).

Auf unser Ziel einer gemeinsamen Schule für alle Kinder reagiert die Staatsregierung mit dem Vorwurf, wir wollten die „Einheitsschule“, in der die meisten Schüler/innen über- bzw. unterfordert seien. Dieser Vorwurf trifft jedoch die Urheber selbst: Denn in der gemeinsamen Schule soll eben kein Einheitsbrei geboten werden! Jede/r Lernende kann dort im eigenen Tempo grundlegende und selbstgewählte Themen bearbeiten.

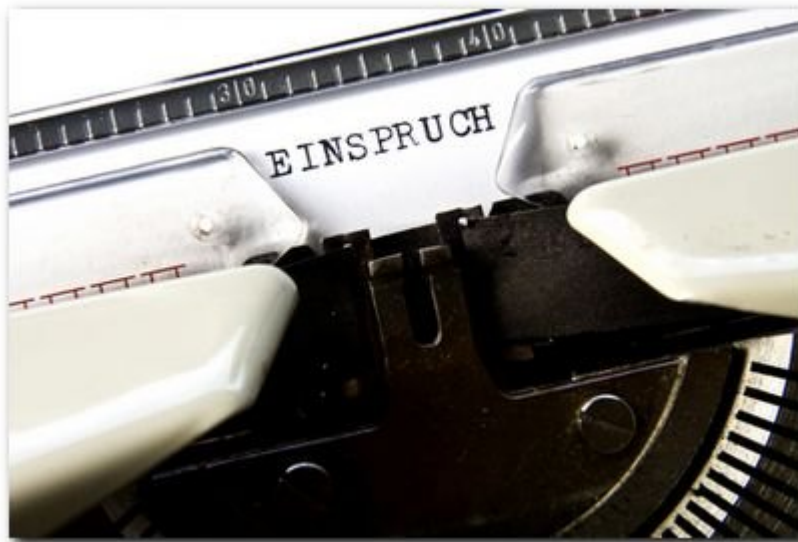
Dagegen herrscht in den getrennten Schularten die fatale Vorgabe, dass alle Schüler einer Klasse zur selben Zeit die selben Prüfungen bewältigen müssen! **Die Regierung verordnet uns „Einheitsschularten“ - wir aber wollen die Vielfalt in der gemeinsamen Schule**, denn nur diese wird all den verschiedenen Menschen mit ihren ganz unterschiedlichen Fähigkeiten gerecht und fördert deren respektvolles Zusammenleben!

Unsere Sichtweise lässt sich in den folgenden sechs Punkten zusammenfassen:

- 1) **Kinder sind das höchste Gut einer Gesellschaft.**
- 2) **Schüler/innen mit unterschiedlichem Lerntempo brauchen keine unterschiedlichen Schularten, sondern unterschiedliche Aufgabenstellungen in einer gemeinsamen Schule.**

- 3) Kleinere Klassen und individuelle Fördermaßnahmen ruinieren keineswegs die Staatskassen, statt dessen bereichern sie die Entwicklungschancen der folgenden Generation.
- 4) Die Notengebung ist ein schlechter Maßstab für Lernerfolge und macht zudem viele Schüler/innen zu Verlierer/innen.
- 5) Wer Schüler/innen in verschieden wertige Schularten trennt, spaltet die Gesellschaft.
- 6) Es gibt viele Beispiele für gute Schulen - auch in Deutschland.

Erläuterungen zu diesen Thesen finden Sie auf den folgenden Seiten. Bitte lassen Sie mich wissen, falls Sie anderer Meinung sind.



©Foto: Thorben Wengert / www.pixelio.de

Hier die Erläuterungen zu den Thesen:

Kinder sind das höchste Gut einer Gesellschaft

Wenn dieser oft gehörte Satz stimmt, dann bieten alle Kommunen der nächsten Generation einladende Schulhäuser mit gut ausgestatteten Klassenzimmern und Fachräumen, mit einladenden Außenanlagen, mit Einrichtungen für Ganztagsangebote und den erforderlichen Stellen für Schulsozialarbeiter/innen.

Dann stehen die Materialien bereit, damit alle Lehrkräfte ihren Schüler/innen die für sie passenden Aufgaben zur Verfügung stellen können. Lehrer/innen helfen dort, wo Schüler/innen allein nicht weiter kommen, und gehen achtsam mit ihnen um.

Dann ermutigen alle Eltern ihre Kinder, finden lobende Worte für ihre Fortschritte, setzen aber auch begründete Grenzen - nicht nur beim Nahrungs- oder Medienkonsum.

Dann beraten und unterstützen Schulrät/innen die Lehrkräfte in schwierigen Situationen und können den Schulen genügend Personal für Unterricht und Krankheitsvertretung zuteilen, weil der Landtag die Finanzen dafür als vordringlich bereitstellt.

Und die Staatsregierung nennt den Schulen statt der überholten Lehrpläne nur noch Orientierungspunkte mit dem Auftrag, diese entsprechend ihrer Situation zu konkretisieren, bietet Beispiele für Leistungsmappen, in denen die Schüler/innen Nachweise und gelungene Exemplare ihrer Arbeit sammeln, da die althergebrachten Zeugnisse für eine gemeinsame Schule aller Kinder eines Ortes nicht mehr anwendbar sind.

Alle Schulbehörden achten darauf, dass Artikel 131 (1) der bayerischen Verfassung in allen Schulen verwirklicht wird

„Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.“

und bieten in beruflichen Schulen überbetriebliche Ausbildungsplätze für stellenlose Schulabgänger/innen, denn Artikel 128 (1) der Landesverfassung lautet:

„Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten.“

Wie gehen die politisch Verantwortlichen aber tatsächlich mit unserem „höchsten Gut“ um? Sie organisieren Schulen als Konkurrenzkampf um die besten Noten

Da stehen nicht die Fragen und Anliegen der Schüler/innen im Mittelpunkt, sondern Vorschriften und fremdbestimmte Lehrplaninhalte. **Die wahren Ziele des Lernens dürfen aber nicht Spitzennoten sein, sondern der persönliche Zuwachs an Fähigkeiten und Selbstvertrauen.** Dieses Selbstvertrauen findet in unseren Schulen nur der kleinere Teil der Schüler/innen. Vielen dagegen wird die ursprüngliche Lernfreude ausgetrieben und die Kindheit geraubt.

Um nicht als Verlierer/in dazustehen, bürden sich viele Kinder einen längeren Arbeitstag auf als ihre Eltern. Diese Sonderform der Kinderarbeit wird gesellschaftlich weitgehend ignoriert.

Andere Schüler/innen wehren sich aktiv (z.B. durch verschiedenartigste Störungen des Unterrichts) oder passiv (z.B. durch häufiges „Abschalten“) gegen die Anforderungen, obwohl sie mit unangenehmen Folgen rechnen und fürchten müssen, sich damit langfristig berufliche Perspektiven zu verbauen.

Mit destruktivem Verhalten können Schüler/innen auch gut vorbereiteten Unterricht und andere schulische Veranstaltungen so nachhaltig stören, dass Lehrkräfte auf Dauer ihre Kraft verlieren und den Sinn ihres Tuns in Frage stellen.

Dazu kommt, dass Lehrkräfte von ihren Vorgesetzten mit einem vergleichbaren System bewertet werden (müssen), wie sie Schüler/innen bewerten (müssen). Damit wird ein Teil der Lehrer/innen (zwar nur im Abstand einiger Jahre, aber) ähnlich stark enttäuscht, wie sie mit ihrer Notengebung andauernd Enttäuschungen im Klassenzimmer auslösen.

Viele Schüler/innen strengen sich an, möglichst gute Leistungen zu erzielen sowie den Unterricht und das Schulleben angenehm zu gestalten. Auch ihnen müssen Lehrkräfte hin und wieder rot auf weiß bestätigen, was sie (noch) nicht beherrschen.



©Foto: S. Hofschlaeger / www.pixelio.de

Immer wieder ist der Satz zu hören, das wäre die passende Vorbereitung unseres Nachwuchses auf die harte und ebenfalls selektive Berufswelt. Wer so argumentiert, muss sich fragen lassen, ob er die massenhafte Schädigung von Kindern in Kauf nehmen will, um sie auf ein inhumanes Wirtschaftssystem vorzubereiten? Ob er es vielleicht sogar gut heißt, dass die so Geschädigten die unmenschlichen Aspekte der Welt gar nicht mehr verändern können oder gar nicht mehr verbessern wollen, weil ihre Persönlichkeit zu schwer verletzt und geschädigt ist? Ist es nicht dringend nötig, unseren Kindern möglichst großes Selbstbewusstsein zur Humanisierung aller Lebensbereiche mit auf den Weg zu geben, indem wir dieses in einer humanen Schule stärken?

Schüler/innen mit unterschiedlichem Lerntempo brauchen keine unterschiedlichen Schularten, sondern unterschiedliche Aufgabenstellungen in einer gemeinsamen Schule

Schneller und langsamer Lernende behindern sich nur in solchen Schulen, in denen von allen Schüler/innen einer Klasse oder eines Jahrgangs in der gleichen Zeit die gleiche Leistung erwartet wird. Wir kennen das nicht anders. Es ist ein Merkmal von Schulen der Vergangenheit!

In der Schule der Zukunft gibt es keine verpflichtenden Prüfungen für alle Schüler/innen zum selben Zeitpunkt. Dort haben die Schüler/innen soviel Zeit zur Lösung grundlegender und selbst gestellter Aufgaben, wie sie persönlich brauchen.

Für dieses selbstverantwortete Lernen werden ganz unterschiedliche Fähigkeiten gebraucht - auf allen Niveaus! Und dabei lässt sich die Zusammenarbeit aller Schüler/innen mit ihrem unterschiedlichen Leistungsvermögen einüben - statt des bisher üblichen Konkurrenzkampfs in den Klassen der getrennten Schularten!

Wie überall bei uns zu sehen, führen getrennte Schularten auch zu gigantischer Geldverschwendung. Während gut ausgebaute Schulhäuser in immer mehr Gemeinden halb leer stehen, müssen an Realschulen und Gymnasien millionenschwere Erweiterungsbauten finanziert werden.

Weiterhin gibt die Regierung pro Schüler/in in verschiedenen Schularten unterschiedlich viel Geld aus. Diese Ungleichbehandlung geht zu Lasten der Familien mit schwacher Lobby.

Inzwischen gibt es auch noch eine juristische Begründung für die überfälligen Veränderungen: 2009 unterzeichnete der deutsche Staat die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen. Damit gilt auch bei uns die Verpflichtung zur Inklusion, also zur Schule ohne Aussonderung! Wir müssen sie einfordern! Ignorante Regierungen tun so, als hätte sich nichts Grundlegendes geändert durch diese Konvention.

Kleinere Klassen und individuelle Fördermaßnahmen ruinieren keineswegs die Staatskassen, statt dessen bereichern sie die Entwicklungschancen der folgenden Generation

Erschreckend viele Milliarden Euro waren von einem Tag auf den anderen da zur Stützung unverantwortlich handelnder Banken und für insolvenzbedrohte Weltkonzerne. Viel zu viel Geld wird ausgegeben für überteuerte Prestigeobjekte und eine aufgeblähte Verwaltung.

Hunderte Mitarbeiter/innen im bayerischen Schulministerium verfassen laufend Vorschriften, die die Arbeit an den Schulen häufig erschweren statt mehr Verantwortung an die Betroffenen zu verlagern.

Die Abgeordneten beschlossen in den letzten Jahrzehnten viele Gesetze, die den Staat ärmer und die Wohlhabenden immer reicher machten. Das ist unsoziale Steuerpolitik. Dieselben Politiker behaupten dann, für Bildung und andere wichtige Aufgaben sei leider nicht genug Geld da!

Die Geldmenge in den Händen der Wohlhabendsten wächst immer schneller. Soziale Steuerkonzepte (z.B. das von der GEW) weisen den Weg zum Umsteuern. Dann wäre immer genügend Geld da für bessere Lern- und Entwicklungschancen unserer Kinder und Jugendlichen.



©Foto: Gerd Altmann / www.pixelio.de

Die Notengebung ist ein schlechter Maßstab für Lernerfolge und macht zudem viele Schüler/innen zu Verlierer/innen

Lehrkräfte sind gezwungen, zu benoten und damit schwächere Schüler/innen (in allen Schularten) zu Verlierer/inne/n zu stempeln, obwohl längst erwiesen ist, dass die Benotenden keine gemeinsamen bzw. keine von allen gleich verstandenen Maßstäbe dafür haben.

Eine schlimme Folge dieser Benoterei: Manche Schüler/innen und Eltern empfinden die Lehrkräfte als Gegner, die das Weiterkommen ihrer Kinder behindern. Müssten Lehrer/innen nicht durch Noten über die Schulkarrieren der Lernenden mitentscheiden, könnten sie sich ganz der Förderung ihrer Schüler/innen widmen. Deutlich entspannter könnten dann die Kontakte zwischen Lehrkräften und ihren Schüler/innen bzw. Eltern verlaufen.

Sobald die Noten feststehen, verlieren zudem die gelernten Inhalte und Methoden i.d.R. ihre Bedeutung. Noten machen das Gelernte grundsätzlich unwichtig, wenn sie Tauschmittel sind für berufliche Startchancen und für die Höhe des in späteren Jahren erwarteten Verdienstes.



©Foto: Gerd Altmann / www.pixelio.de

Dadurch entwertet die Notengebung auch die Arbeit der Lehrkräfte. Denn deren Versuche, wichtige Inhalte und erfolgversprechende Methoden bei den Schüler/innen zu sichern, verlieren stark an Bedeutung, sobald die dafür vergebenen Noten bekannt sind. Falls das schlechtere Bewertungen sind als von den Benoteten

erwartet, kann das im Nachhinein sogar zu einer negativen Einordnung der erarbeiteten Inhalte und Methoden führen.

Zudem liefert die Neurobiologie seit einigen Jahren klare Belege dafür, dass mit Angst und Widerwillen Gelerntes mit den dabei erlebten negativen Gefühlen verbunden bleibt.

Und das sollen die bei uns häufig beschworenen „besten Schulen“ sein, in die viele Schüler/innen täglich mit großer Angst gehen, zu versagen bzw. ihre späteren beruflichen Chancen zu verspielen?

Und das sollen die besten Schulen sein, die Schüler/innen „erfolgreich“ durchlaufen können, indem sie große und kleine Stoffhäppchen ins Gehirn pressen, diese in Prüfungen wieder hervorzuholen versuchen und danach viel vom „Gelernten“ wieder vergessen?

Und das sollen die besten Schulen sein, in denen viele Schüler/innen nur dann einigermaßen zurecht kommen, wenn ihnen ihre Eltern eigene oder bezahlte Nachhilfe bieten können? In keinem anderen Land der EU ist die soziale Herkunft der Schüler/innen so eng verknüpft mit deren Schulerfolg wie bei uns!

Wer Schüler/innen in verschieden wertige Schularten trennt, spaltet die Gesellschaft

Die Aufteilung der Schüler/innen in Förder-, Haupt-, Mittel-, Real-, Wirtschaftsschulen und Gymnasien drängt das Lernen in den Hintergrund und die Auslese in den Vordergrund. So ist mit dem Lernen immer die Bedrohung verbunden, die Normen nicht zu schaffen und ein/e Verlierer/in zu sein.

Dass Schüler/innen i.d.R. nur 4 statt 10 Jahre gemeinsam in die selbe Schule gehen, das wurde nicht von verantwortungsvollen Pädagog/inn/en empfohlen, das wurde 1920 als politischer Kompromiss ausgehandelt. Pädagogische Gründe für diese Trennung gibt es weiterhin nicht, aber genügend Gründe dagegen.

Allein das Leid und die Verzweiflung der Viertklässler/innen, die um jeden Punkt und gegen das „Verliererimage“ kämpfen, die durch Überanstrengung verkrampfen, die erbärmlich leiden, wenn sie um ihre Chancen fürs Leben fürchten, die so oft bitter enttäuscht werden, die nochmal Mut schöpfen für eine Aufnahmeprü-

fung und dabei häufig wieder nicht zu den Auserwählten aufsteigen - allein diese unmenschliche Auslesesituation müsste jede/n Verantwortliche/n zum sofortigen Stopp dieses kinderfeindlichen Systems bewegen.

Fast überall auf dieser Welt lernen Kinder gemeinsam und schneiden damit in vielen Ländern besser ab als hier. Aber unsere Regierung ignoriert die Not der betroffenen Kinder, Eltern und Lehrer/innen, sie klammert fest am Überholten und sorgt mit den getrennten Schularten für frühe Trennungslinien in der Gesellschaft.



©Foto: Gerd Altmann - deignus.com / www.pixelio.de

Denn wer die Schule in verschieden wertige Schularten spaltet, dem kann nicht verborgen bleiben, dass damit die gesamte Bevölkerung zu einem frühen Zeitpunkt in Gewinner/innen und Verlierer/innen gespalten wird - nicht mehr per Geburt wie zur Zeit der Fürsteherrschaft, aber per Notengebung.

Diese folgenschwere Sortierung der Kinder in z.T. weit entfernte Schulhäuser ist zudem die teuerste Variante der Unterrichtung. Dies weist der renommierte Bildungsforscher Klaus Klemm, em. Prof. an der Uni Duisburg-Essen, am Beispiel der abgesonderten Förderschulen mit dem Schwerpunkt „Lernen“ nach (siehe GEW-Zeitschrift Erziehung und Wissenschaft, Febr. 2011, S. 12 ff.).

Seine weiteren Ergebnisse der Untersuchung lauten: „Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf lernen im gemeinsamen Unterricht im kognitiven Bereich mehr und besser als in Förderschulen.“ Gleichzeitig ist der Lernerfolg von Kindern und Jugendliche ohne festgestellten Förderbedarf entgegen der landläufigen Meinung beim gemeinsamen Unterricht keineswegs geringer - im Bereich des sozialen Lernens sind ihre Fortschritte sogar größer!

Es gibt viele Beispiele für gute Schulen - auch in Deutschland

Eine gemeinsame Schule für alle Kinder ist noch nicht automatisch eine humane Schule, aber eine gemeinsame Schule ist eine wesentliche Voraussetzung für men-

schenwürdiges Lernen und Zusammenleben - selbstverständlich nur unter geeigneten personellen und sächlichen Rahmenbedingungen!

Gute Schulen bieten ihren Schüler/inne/n Lebens- und Gestaltungsräume, sie leben demokratische Kultur, sie drohen nicht mit Abstufung, sondern bieten Hilfen, sie verlangen persönlichen Respekt, aber keinen Gleichschritt, sie begreifen die Unterschiede ihrer Schüler/innen als wertvolle Voraussetzung für kreative Lösungen. Die meisten dieser Schulen sind nicht in Deutschland zu finden. In Skandinavien z.B. sind sie seit einigen Jahrzehnten selbstverständlich. Aber auch bei uns stehen Leuchttürme für positive Veränderungen - nicht nur Privatschulen, auch staatliche, z.B. die Laborschule in Bielefeld, die Offene Schule Waldau in Kassel oder die Nachbarschaftsschule in Leipzig...



©Foto: S. Hofschlaeger / www.pixelio.de

Auch die Gesamtschule in Hollfeld und die Willy-Brandt-Schule in München sind einige Schritte vorangekommen auf dem Weg zum gemeinsamen Lernen: Sie dürfen die Trennung der Schüler/innen für die üblichen Abschlüsse zumindest um einige Jahre hinausschieben. Schon die Erfahrungen damit sind so erfreulich, dass die örtlichen Politiker/innen diese Schulen über Parteigrenzen hinweg gegen die ablehnende Haltung im Kultusministerium verteidigen.

Die Leiter/innen von Schulen, die sich schon seit Jahren auf einen erfolgreichen Weg zur Veränderung des Lernens machen (dürfen), haben ihre gemeinsamen Leitsätze für ihr „Haus des Lernens“ zusammengefasst und veröffentlicht unter www.blickueberdenzaun.de mit dem Titel **Schule ist unsere Sache - ein Appell an die Öffentlichkeit**.

Wer beeindruckende Vergleichszahlen und weitere Argumente für gelingende Schulorganisation und gegen das WEITER SO nachlesen möchte, der findet diese unter [http://www.magazin-auswege.de/data/2008/08/Das deutsche Schulsystem.pdf](http://www.magazin-auswege.de/data/2008/08/Das_deutsche_Schulsystem.pdf) und auf der Homepage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: www.gew.de sowie den GEW-Landes- und Bezirksverbänden, z.B. www.gew-bayern.de oder www.gew-oberfranken.de



Über den Autor

Ernst Wilhelm, geb. 1952, ist Vorsitzender der GEW Oberfranken und Lehrer und Personalrat im Bereich Volksschulen. Seine zusätzlichen Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Kontakt:

email@gew-oberfranken.de